

Haushaltsrede der FWG-NEV Stadtverordnetenfraktion



FREIE WÄHLER GEMEINSCHAFT - Nichtparteigebundene Einwohner-Vertreter

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Damen und Herren, mancher glaubt beliebt zu sein, dabei hat man sich nur an seine Art gewöhnt.

Das könnte man über die Langener Haushalte auch sagen. Wieder ein Jahr vorbei und – wie erwartet – ist der Haushalt für 2023 mit rund € 115,5 Mio nochmal deutlich höher, als es der Haushalt 2022 war.

Die Gewerbesteuererinnahmen 2022 mit rund € 17 Mio sind – auch wie erwartet – deutlich unter unserem positiven „Ausreisserjahr“ 2021. In anderen Worten: steigenden Ausgaben stehen sinkende Einnahmen gegenüber.

Letztlich zehren wir die nächsten Jahre von den Rücklagen der Vorjahre. Wir haben aber nach wie vor das Problem eines überdurchschnittlich hohen Personalkostenanteils und der langen Warteliste in der Kinderbetreuung. Wir haben Belastungen für die Hessenkasse, für Ruhegeldansprüche und von der anstehenden Unterhaltung der Infrastruktur wollen wir gar nicht reden. Das heißt, wir werden uns zukünftig über alles und jeden Haushaltsposten unterhalten müssen. Und dabei geht es nicht um Kahlschlag, sondern um Entscheidungen, was wir wollen und zu welchem Zweck.

Unsere Diskussionen um den Nachtrag 2022 und das Haushaltssicherungskonzept waren dieses Jahr ausgesprochen hitzig. Die Diskussion hat Verschiedenes sehr deutlich

zum Vorschein gebracht und zwar sowohl was die Inhalte, als auch die Herangehensweise angeht.

Wir haben als NEV klar formuliert, dass wir nicht eine Nachhaltigkeitsatzung mit dem Automatismus der Grundsteuererhöhung zur Haushaltssicherung wollen und haben hierfür eine Mehrheit gefunden.

Als NEV unterstützen wir ausdrücklich den Vorschlag des Bürgermeisters, 2023 dafür zu nutzen, eine Aufgabenüberprüfung im Sinne der notwendigen Haushaltskonsolidierung vorzunehmen. Wir gehen davon aus, dass dies erstens mit der erforderlichen Transparenz und zweitens ergebnisoffen passieren wird. Vor allem aber verlangen wir, dass drittens ein angemessener Zeitrahmen vorgesehen wird.

Die Erfahrung zeigt, was in einem engen Zeitplan passiert. Das fängt mit fehlerhaften oder unvollständigen Sitzungsunterlagen an und endet mit dem in dieser Stadt schon seit Jahren verwendeten Drohung: „Wenn Sie das jetzt nicht beschließen, dann ...“.

Nach den Sitzungen des nun fast abgelaufenen Jahres müsste doch jedem hier im Raum klar geworden sein, dass wir schon bei den Pflichtaufgaben alles andere als vernünftig handeln.

Man muss sich vergegenwärtigen, dass beispielsweise die Kita nanuS 20% teurer ist als eine der AWO-Kitas. Man erhält also für das gleiche Geld statt 500 bei der AWO 600

Betreuungsplätze. Die NEV hatte daher die Kostenübernahme für nanuS in dieser Höhe abgelehnt.

Spätestens jetzt, müsste doch klar sein, dass ein solches nanuS-Konzept in unserer Lage und mit einem nicht einrichtungsbezogenen Gebührensystem keine besonders gute Idee war.

20 % teurer geht einfach nicht. Das genau ist eine Frage der Ausgabendisziplin und wenn der Magistrat einen solchen Vorschlag macht, sind wir gefragt, ihn abzulehnen. Freilich wäre es besser, wenn der Magistrat einen solchen Vorschlag gar nicht erst unterbreitet, weil er die Diskrepanz schon selbst rausgefunden hat.

Dass die Umsetzung bei nanuS dann auch noch Monate hinter dem Plan ist, weil z.B. die Gold-Standard-Fettabluftanlage wegen zu schwacher Dübel von der Decke gefallen ist, setzt dem Ganzen einen oben drauf. Wir zahlen als Stadt derzeit für jeden Kita-IKrippenplatz pro Kind ca. € 1.000 im Monat und zwar ohne Zuschuss des Landes und ohne Elternbeiträge. Hier muss man genau auf die Kosten schauen. Und zwar nicht, um weniger Plätze zu haben, sondern um mehr Plätze zu unterhalten.

Dann kämpfen wir auch noch mit Verzögerungen bei den Inbetriebnahmen von Kitas und deren Interimslösungen.

Wenn das Projekt einer Interims-Kita monatelang hängen bleibt,

weil Vorfragen im Zusammenhang mit dem Grundbuch im zuständigen Ministerium nicht geklärt sind oder man keine Lösung mit der Unteren Baubehörde hinbekommt, dann entsteht für Außenstehende der Eindruck, dass in der Verwaltung die Wiedervorlagetermine entschieden zu lange gewählt werden. Es mag schon sein, dass viele Tage Sahara-Staub das Getriebe eines Ministeriums lahmlegen, aber mit dem Besen ist unser Rathaus offenbar auch nicht unterwegs.

Positiv auf den Weg gebracht haben wir z. B. die Sporthalle Oberlinden. Aber auch bei der Sporthalle muss man feststellen, dass die Kosten erst auf Grundlage einer „Referenzhalle“ genannt und dann nachgebessert wurden, weil die „Referenzhalle“ eher dem Industriehallen- als dem Sporthallenstandard entsprach. Und schließlich fanden wir uns beim über dreifachen Investitionsbetrag wieder. Die geplanten Herstellungskosten stiegen von 5 Mio auf über 16 Mio. Ich will es mal so sagen, die Arbeitgeber, die ich kenne, hätten zu dieser Art der Arbeitsleistung eine dezidierte Meinung.

Die Verwaltung hat in den vergangenen Jahren sicher mit ständig wechselnden Herausforderungen zu kämpfen, wenn man aber stets postuliert, dass man auf kompetente Mitarbeiter setze, ja Exzellenz von ihnen erwarte, dann wäre es schön, wenn man die auch auf allen

Ebenen zu Gesicht bekäme. Aber auch hier sind wir zuversichtlich, dass sich diese Exzellenz in Zukunft vermehrt zeigen wird.

Wir haben uns die Entscheidung für die Sporthalle alle nicht leicht gemacht, aber wir wollen diese notwendige Investition. Aber auch hier gilt, wer die Stadt unbedingt in dieser Form der Baugebiete-Nord wachsen lassen wollte, muss sich doch zumindest jetzt fragen, ob dies eine so glückliche Entscheidung war.

Und wir müssen uns diese Fragen in der Stadtverordnetenversammlung stellen: Denn Entscheidungen fallen nicht vom Himmel, wir treffen sie! Als ein Kollege neulich im Ausschuss sagte, die künftige Kinderbetreuung mache ihm wegen des Langer Nordens Sorgen, wunderte das mich nicht wenig. Seine Fraktion hatte – anders als die NEV – für das neue Baugebiet gestimmt.

Wenn wir das gemeinsame Ziel haben, den Haushalt zu konsolidieren, dann müssen wir als Stadtverordnetenversammlung bei jeder Entscheidung deutlich realistischer werden und ein Wunschkonzert, wie eine Straßenbahnentscheidung darf sich so nicht wiederholen. Vielleicht ist dann ja auch künftig noch die notwendige Sanierung am Paddelteich drin, die keinen Eingang in den Haushalt 2023 gefunden hat.

Als NEV sehen wir den Haushalt sicher an dem ein oder anderen Punkt kritisch. Die Senkung der Grund-

steuer um abermals 5 Punkte ist dieselbe Kosmetik wie im vergangenen Jahr, aber kein Grund, sie abzulehnen. Unsere Anträge zur Radwegertüchtigung und zu Parkplätzen in der Paul-Ehrlich-Straße wurden im Haushalt berücksichtigt.

In dieser Zuversicht wird die NEV-Fraktion daher dem Haushalt 2023 zustimmen.

Schließlich will ich mich auch im Namen meiner Fraktion beim Magistrat und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung bedanken. Ebenso bedanke ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen für die gute und offene Zusammenarbeit jenseits unserer unterschiedlichen Auffassungen. Ich weiß es sehr zu schätzen, dass die wechselnden Mehrheiten in Langen eine vorwiegend sachorientierte Grundlage unserer Entscheidungen sind.

Ein besonderes Dankeschön gilt allen denen, die sich in Vereinen und Organisationen, wie zum Beispiel Feuerwehr oder Rettungsdienst, in unserer Stadt ehrenamtlich einsetzen und einen großen Beitrag zu positiven Impulsen in unserer Stadt geben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen und Ihren Familien, auch im Namen der NEV, ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr 2023.

Claudia Trippel
FWG-NEV